



Beat Schmocker

für Salome

Soziale Arbeit und radikal egalitäre Demokratie

Die jüngste Pandemie und der verheerende Krieg gegen die Ukraine liessen Stimmen laut werden, die mahnen: Die Demokratie sei in Gefahr, die demokratischen Grundideale würden verraten und die Errungenschaften der Aufklärung zunehmend aufgegeben.

Die Massnahmen, die verschiedene Regierungen als Antwort auf die Pandemie ergriffen, waren dem Versuch geschuldet, eine Balance zwischen dem Schutz der besonders Verletzlichen und dem Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu finden. Dabei sind mitunter demokratische Standards arg gedehnt worden.

Und der Angriffskrieg, der zurzeit in der Ukraine wütet, bringt den Bürger/innen und allen Menschen, die dort leben, vor allem unermessliches Leid. Hierzulande mögen wir ihn als einen brachialen Angriff gegen die Idee der Demokratie erleben, und nach spontanen Impulsen der Solidarität mag sich da und dort auch die Einsicht breitmachen, dass es an uns ist, die Demokratie zu verteidigen, und zwar genauso gegen die äusseren als auch gegen die inneren Bedrohungen.

Tatsächlich sei der Grad an Demokratie¹, den die/der weltweite Durchschnittsbürger/in genieesse, 2020 auf ein Niveau gesunken, wie er zuletzt 1990 zu beobachten gewesen sei, geben international beobachtende Forscher/innen zu bedenken². Das ist deshalb so bedrohlich, weil die Demokratie bei der Anpassung an die künftigen Herausforderungen – so die These auch hier in diesem Essay – nach wie vor die beste Option ist. Wir hätten somit allen Grund, sie zu schützen und Sorge zu ihr zu tragen. Nur darüber, wie der Schutz und die Förderung der Demokratie realisiert werden sollten, herrscht vordergründig weitgehend Ratlosigkeit.

Im Folgenden soll darüber nachgedacht werden, wo die Soziale Arbeit diesbezüglich »steht« und inwiefern sie hier allenfalls etwas beizutragen hätte.

Zum »Standpunkt« der Sozialen Arbeit

Es ist den beiden internationalen Dachverbänden der Sozialen Arbeit³ – schon ihrem Zweck nach – ein Anliegen, die von ihnen repräsentierte Profession und wissenschaftliche Disziplin im »Geist der Demokratie« voran zu bringen und gesellschaftlich zu etablieren. Denn für die Gestaltung einer menschengerechten Gesellschaft bedürfe es (auch) der Sichtweise der Sozialen Arbeit. Deshalb initiieren und koordinieren sie im Hinblick auf diese Funktion kontinuierlich auch den globalen Fachdiskurs zu Fragen der *politischen* Philosophie der Sozialen Arbeit.

Nach der globalen Perspektive dieses Fachdiskurses erfolgt sowohl die *analytisch begründende*, als auch die *moralisch bewertende* Argumentation der Sozialen Arbeit aus einer immer gleichen Position heraus, obschon sie in ganz unterschiedliche – vom liberalistischen (z.B. »abendländischen«) bis zum autokratischen (z.B. »chinesischen«) – Gesellschaftssysteme eingebunden und von den dort herrschenden dominanten Ideensystemen abhängig ist. Gemäss diesem internationalen Fachdiskurs ist die »philosophische« Position der Sozialen Arbeit eine Art »Mittenlage« (siehe folgende Abbildung),

¹ Eine (liberale) Demokratie zeichnet sich durch einen starken Rechtsstaat mit Gewaltenteilung, deutlich ausgeprägten Bürger/innenrechte, Minderheitenschutz und nicht zuletzt im regulären Wettbewerb geführte freie und faire Wahlen, aus.

² z.B.: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335439/demokratie-in-gefahr/#footnote-target-3>

³ Das sind zum einen die IASSW (International Association of Schools of Social Work) mit Mitgliedschulen in allen Teilen der Welt, und zum andern die IFSW (International Federation of Social Workers) mit 128 Landes-Mitgliedorganisationen. Erstere widmet sich weltweit der Qualität der Bildung, Forschung und Wissenschaft im Bereich der Sozialen Arbeit, letztere setzt sich für die globale Vernetzung der Fachpersonen der Sozialen Arbeit auf internationaler Ebene sowie professionspolitisch für die soziale Gerechtigkeit und damit für die Durchsetzung der Menschenrechte ein. Beide sind seit 1947 mit beratendem Status bei den Vereinigten Nationen akkreditiert.

nämlich zwischen *idealistischem Individualismus* und *materialistischem Kollektivismus* auf der einen Ebene und zwischen Kantianismus⁴ (im weiten Sinne), Determinismus⁵ (bzw. Utilitarismus), Relativismus und Kontraktualismus auf der anderen.

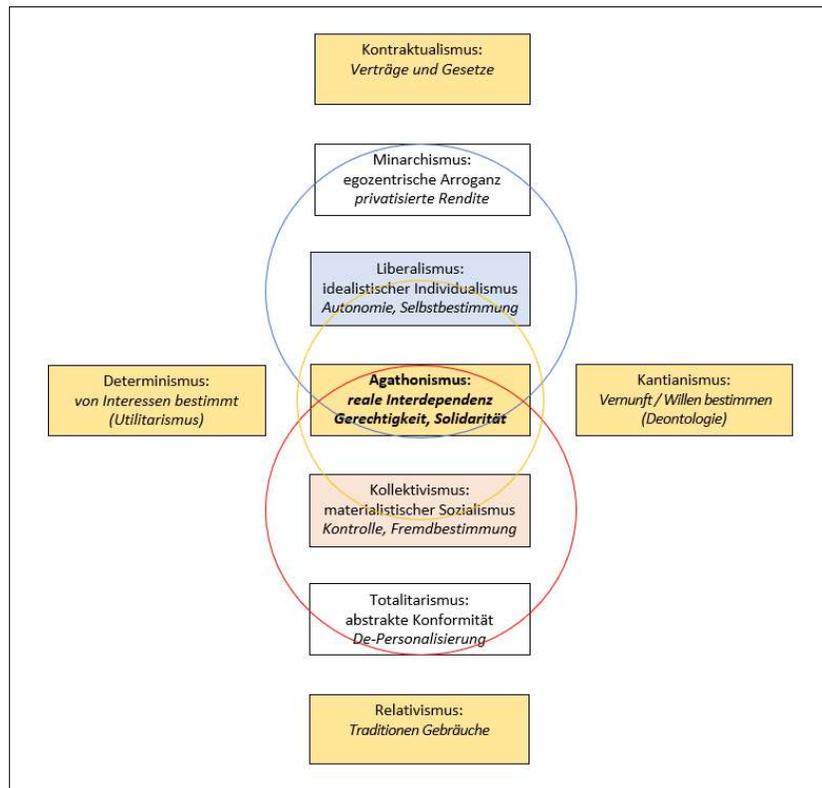


Abbildung: eigene Darstellung

Die von diesen Ideensystemen gebildete »Schnittmenge« repräsentiert nach dieser Lesart also den ideellen Standpunkt der Sozialen Arbeit.

Augenfällig dabei ist, dass sowohl das Gesellschaftssystem »Demokratie« (*Liberalismus*) als auch das Gesellschaftssystem »Autokratie« (*Kollektivismus*) das Ideensystem der Sozialen Arbeit marginalisieren (und damit deren Position). Umgekehrt sind zentrale Werte und Normen des liberalen Ideensystems (z.B. Freiheit, Autonomie) bzw. des sozialistischen (z.B. Geschlossenheit, Anarchie) für die Position der Sozialen Arbeit nicht unmittelbar wichtig; und die des marktliberalistischen oder totalitaristischen Ideensystems fehlen praktisch gänzlich. Ihre Sicht ist also eine spezifische.

Diese mittenlagige Position eröffnet der Sozialen Arbeit denn auch interessante Perspektiven für die Ausarbeitung ihrer spezifischen fachlichen Argumente, die sie in die gesellschaftlichen Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse einspeisen kann und soll. Denn solche unverwechselbaren Stimmen und wissenschaftlich faktenbasierten Argumente aller gesellschaftlich Agierenden, auch die der Sozialen Arbeit, braucht es, damit die Gesellschaft durch die Integration all dieser Sichtweisen in ihren (politischen) Entwicklungsprozessen und dem sozialen Wandel insgesamt gute, d.h. menschengerechte Lösungen finden und ebensolche Ergebnisse erzielen kann.

Nach dem argentinisch-kanadischen Philosophen Mario Bunge kann diese »Schnittmengen-Position« als »Agathonismus«⁶ bezeichnet werden.

⁴ Mit Kantianismus ist diejenige rationalistische Philosophie gemeint, die zu konzipieren versucht, was reine Vernunft zu leisten vermag, und die vor diesem Hintergrund folgende Fragen stellt: »was kann ich wissen?«, »was soll ich tun?«, »was darf ich hoffen?«.

⁵ Mit Determinismus ist diejenige ethische Philosophie gemeint, die davon ausgeht, dass der Wille von aktiven Repräsentationen (Vorstellungen) der Wirklichkeit bestimmt wird; damit gilt der Wille als nicht frei, sondern von psychischen Ursachen geleitet. Ähnlich beim Utilitarismus, bei dem die Wahl der Handlungsalternative vom Kriterium des grössten Nutzens abhängt. Bei beiden wird die soziale Qualität menschlichen Verhaltens nicht abgebildet, genauso wenig wie bei der Deontologie.

⁶ Bunge, Mario (1989): *Ethics. The Good and the Right*. Vol. 8 *Treatise on Basic Philosophy*. Dordrecht, Boston: Reidel. Dazu auch: Droste, Heinz W. (2015): *Turn of the Tide. Gezeitenwechsel. Einführung in Mario Bunges exakte Philosophie*. Aschaffenburg: Alibri, S. 119.

Das philosophische Ideen-System der Sozialen Arbeit

Was umfasst nun diese ideelle Position der Sozialen Arbeit, die in der Schnittmenge anderer relevanter Ideen- und Wertsysteme gründet und plausibel mit einem Agathonismus charakterisierbar ist?

Der Agathonismus (auf Aristoteles zurückgehend: vom griechischen *tó àgathón*, das Gute) bewertet nicht Dinge, Personen oder Gemeinschaften (also faktische Zustände) moralisch, sondern ausschließlich menschliche *Handlungen* (also Prozesse), die er mit spezifischen moralischen Prinzipien bezüglich der verwendeten Mittel und ihrer Auswirkungen auf Individuen, Gruppen und gesellschaftliche Institutionen rechtfertigt.

Die »Moralität« des Agathonismus wird so ausgehend vom »Mensch in Gesellschaft« und vom interdependenten zwischenmenschlichen Leben konzipiert, worin ein »höchstes Gut« (summa bonum oder letzter Zweck) liegt.

Ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Prinzip dieses Werte-Systems ist, dass Rechte und Pflichten stets paarweise auftreten und einander implizieren, d.h. dass alle Menschen *gleichermassen* moralische Rechte *und* Pflichten haben bzw. erfüllen müssen.

Vor diesem Hintergrund kennt der »Sinnhorizont« dieser Moralität zwei universell höchste Normen bzw. Imperative:

- (1) »Strebe mit Deinem Tun und Handeln das Überleben der Menschheit an!« und
- (2) »Erhalte, entfalte und genieße Dein Leben [das ist Dein moralisches Recht] und hilf anderen darin, ihr Leben zu erhalten, zu entfalten und zu genießen [das ist Deine moralische Pflicht]!«

Diese die Konkurrenz überbrückende und auf Kooperation bezogene Moralität erkennt das »freudvoll zufriedene menschliche Leben inmitten gerechten menschlichen Lebens« als »höchstes Gut«.

Und als höchstes moralisches Prinzip das Recht auf das eigene Leben *und* die (moralische) Pflicht mitzuhelfen, dass andere für sich dieses Recht realisieren können. Denn für die *Menschheit* ist ihr Überleben von höchstem Wert, für *Individuen* aber das »gute Leben«, d.h. das optimale somatische, psychische und soziale Wohlergehen/Well-being (d.h.: die Abwesenheit von Bedürfnisspannungen) und das Glück (d.h.: in einer Gemeinschaft leben zu können, in der es sich zu leben lohnt).

Deshalb ist die höchste »moralische Tugend« das *Besorgt-Sein* (Care) um das Wohlergehen anderer, also die Übernahme der *Verantwortung* für das Leben anderer bzw. das Zusammen-Leben aller. Darauf gründen dann z.B. die Regeln, dass gemeinschaftliche Interessen stets Vorrang gegenüber persönlichen haben; oder dass die Bedürfnisbefriedigung gegenüber der Erfüllung von Wünschen vorrangig ist; oder dass der Interessenausgleich vor jeglicher Interessenmaximierung kommt; usw.

Der Agathonismus ist damit eine praktische Philosophie, die sich nicht nur an wissenschaftlichen Kriterien orientiert, sondern vor allem einen konsequenten aufgeklärten Humanismus verfolgt: alle Menschen dürfen ihr Leben vollumfänglich leben und sollen (bzw. wollen) gemeinsam mit ihren Mitmenschen daran arbeiten, dieses Leben in der Gemeinschaft/Gesellschaft für alle lebenswert zu gestalten.

Die Soziale Arbeit ist diesem agathonischen Imperativ verpflichtet.

Vor diesem Hintergrund: Die Sicht auf die »Demokratie« bzw. ihre Gefährdung und ihren Schutz

Nach 1990 haben viele Staaten in Europa ihre Bürger/innen immer weniger effektiv repräsentiert, dafür vermehrt transnationale Gremien und lokale parastaatliche Organe, die keine demokratischen Bindungen zu den Bürgerinnen und Bürgern dieser Staaten haben, dafür die Interessen einer Finanzelite vertreten oder selbst gewinnorientiert arbeiten.⁷

Auch die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zeigten strukturelle Repräsentations-Lücken in den Systemen liberaler Demokratien. Das wurde von zahlreichen Demonstrationen auch angezeigt, mitunter von unangemessenen Ausdrucksformen begleitet und ohne die berechtigten Anliegen ausreichend zu formulieren. Gleichwohl wurde von offizieller Seite kaum anerkannt, dass hier tatsächlich etliche Notlagen vorliegen. Eher wurde verwaltungstechnisch agiert und sanktioniert.

⁷ vgl. Fussnote 2

Und die aktuell zunehmend offen ausgesprochenen Vorstellungen massgebender Politiker/innen, dass Krieg tatsächlich ein adäquates Mittel sein könnte, zeigen im System liberaler Demokratien ebenfalls strukturelle Lücken der Repräsentation ihrer Bürger/innen, wo es doch darum ginge, sie mit ihren Bedürfnissen (z.B. nach physischer Integrität, subjektiver Sicherheit, relativer Autonomie oder sozialer Anerkennung) zu schützen. Ganz zu schweigen von Vorstellungen über die Massnahmen zur Bewältigung der internationalen Migrationsbewegungen, welche unter anderem die Ungleichbehandlung von Flüchtenden, starre Zuteilungs-Kontingente oder die Aushebelung des fachlichen Sozialstaates beinhalten.

Dazu scheinen sich auch in Europa, selbst in der EU, die autokratischen Tendenzen mit ihren staats-tragenden rassistischen, sexistischen, fremdenfeindlichen oder homophoben Vorurteilen und Stereotypen immer weiter auszubreiten.

So laufen Bürger/innen weiterhin Gefahr, durch die Staaten (und die Staatengemeinschaft) nicht nur immer weniger repräsentiert, sondern zunehmend auch manipuliert und marginalisiert zu werden.

Es gehört zur Tradition der Sozialen Arbeit, angemessen Kritik an den Gesellschaften zu üben. In ihrer Geschichte hat sie – von ihrem »Standpunkt« aus blickend – beispielsweise immer wieder erkannt, dass die vom Kapitalismus ermöglichten Beziehungen zwischen den Menschen ausbeuterisch sind und zu »Entfremdung« führen, d.h. (kantianisch gesprochen), dass die menschlichen Beziehungen nicht mehr als »Zweck«, sondern nur als »Mittel«, und zwar nur als Mittel, um Profit zu machen, angesehen werden.

Und sie hat erkannt, dass wirtschaftliche Asymmetrien nicht nur die Beziehungen zwischen den Menschen, und nicht nur die politische Gleichheit oder die demokratischen Möglichkeiten, beeinträchtigen, sondern auch die *Idee der Freiheit*. Denn eine Welt, die vom Profitstreben geprägt ist, und in der die Institutionen entsprechen konstruiert werden, kann niemals das Ideal der Freiheit in sozialen Beziehungen verwirklichen.

Umso unverständlicher dann auch die Beobachtung, dass der marktliberale Kapitalismus gar seine eigenen Ansprüche scheitern lässt, weil er sein Freiheitsversprechen nicht für alle erfüllt, sondern nur für bestimmte Personen; noch schlimmer, dass er das Scheitern anderer Personen zur *Bedingung* für den Erfolg derjenigen macht, die es schaffen.

Das alles ist weit entfernt vom agathonischen Imperativ. Der Angelpunkt des Agathonismus ist die »Gleichheit der Menschen«. Und darauf bezieht sich das Bekenntnis der Sozialen Arbeit zur *sozialen Verantwortung*, d.h. sie anerkennt das Gebot, für die vollständige Verwirklichung der *unbedingten Gleichheit* in der menschlichen Gesellschaft einzustehen.

Unter anderem bedeutet das für sie – speziell in den liberalen Gesellschaften – sich auf die Erkenntnis zu besinnen und danach zu handeln, dass sich die *Idee der »Freiheit«* nur *in der Gesellschaft* und nur gemeinsam mit anderen erfüllt.

In der liberalen Tradition unserer Demokratien dreht sich alles um das Individuum, und es herrscht eine Auffassung vor, wonach wir Freiheit individuell für uns beanspruchen können, ohne dass wir soziale Verantwortung übernehmen müssen.

Der Standpunkt der Sozialen Arbeit widerspricht diesem zentralen Aspekt des Liberalismus und zeigt demgegenüber deutlich: niemand ist auf sich allein gestellt und niemand kann für sich alleine frei und autonom sein; es gibt für niemandem und in keiner Gesellschaft Freiheit, solange nicht alle Menschen frei sind. Und er lässt erkennen, dass es in der gemeinschaftlichen sozialen Verantwortung liegt, dass alle Menschen Freiheit und relative Autonomie erlangen können.

Von diesem Standpunkt aus kann dann aufgezeigt werden, dass Menschen grundsätzlich fähig sind, individuell eine »innere Freiheit« erarbeiten zu können, selbst wenn wir äusserlich unfrei sind. Und es kann argumentiert werden, dass diese *innere Freiheit* vieler Menschen dann auch eine gemeinschaftliche Ressource ist, wenn sich in den bzw. durch die wechselseitigen Beziehungen der Menschen das Ideal der *äusseren Freiheit* entwickelt. Oder anders: Die Möglichkeit zur Entwicklung der inneren Freiheit ist die Vorbedingung einer freien Gesellschaft und einer freiheitlichen Demokratie. Eine solche Demokratie verwirklicht in sozialer Verantwortung die gemeinsam geteilte Freiheit.

Klar, das ist grösstenteils noch eine Realutopie. Aber sie führt deutlich vor Augen: indem wir Menschen unser Leben voll entfalten, also als Gleiche unter Gleichen eigennützigen Ziele verfolgen, d.h. Bedürfnisse befriedigen und so die *innere Freiheit* vollziehen, verfolgen wir gleichzeitig auch gemeinnützige Ziele, d.h. lösen soziale Probleme⁸ und verwirklichen so die *äussere Freiheit* für alle. Aber letzteres müssen wir auch wollen und zum unbedingten moralischen Gebot machen. Und die Soziale Arbeit insbesondere muss dieses agathonische Gebot gegenüber dem Liberalismus konsequent vertreten.

Die Einsicht, dass »Freiheit« nur in Bezug auf andere Personen denkbar ist, korrespondiert auch mit der Vorstellung, dass wir sowohl für uns selbst verantwortlich sind, als auch mitverantwortlich für die Gestaltung des sozialen Umfeldes, in dem andere Menschen leben, und für die Gestaltung der ganzen »Welt«. Das heisst aber auch, dass alles, was wir tun oder unterlassen, *nie* ohne Konsequenzen für andere Menschen ist. Durch die Art und Weise, wie wir handeln, selbst wenn wir verantwortungsvoll handeln,bürden wir Anderen Verpflichtungen auf.

Das mag die verführerische Vorstellung, wonach der/die Einzelne *selbstbestimmt* sei, und frei darin, ihren/seinen Willen auszuleben, etwas vernebeln, aber das Leben zeigt uns immer wieder: so ist es nicht. Und es wird deutlich: Entscheidend für unser Leben und Zusammenleben ist *sozialverantwortliches* (also agathonisches) *Handeln*, weil alles, was wir als Einzelne oder als Kollektiv tun oder unterlassen, bedeutsame Auswirkungen auf andere Menschen hat.

Die Vision der Sozialen Arbeit: die radikal egalitäre Demokratie

Besonders sichtbar wird vom Standpunkt der Sozialen Arbeit aus also das – im Kontext dieser prinzipiellen Interdependenz eingebettete – Ideal der inneren Freiheit in sozialen Beziehungen und die soziale Verantwortung für die Verwirklichung der unbedingten Gleichheit der Menschen.

Die agathonische Position der Sozialen Arbeit bringt in ihrem ideellen Spektrum also zwei Pole zusammen:

- einerseits den *idealistischen Individualismus*, d.h. die Reflexion über die innere Freiheit der Individuen (die Würde) und die moralischen Beziehungen zwischen ihnen, und
- andererseits den *sozialistischen Kollektivismus*, mit der eher empirischen Betrachtung unserer kapitalistischen Gesellschaften, in denen wir leben, und unserer Geschichte, die sie geprägt hat.

Deshalb ist der **radikal⁹ demokratische¹⁰ Egalitarismus¹¹** auch *die* »politische« Position der Sozialen Arbeit.

Von da aus argumentiert wäre es notwendig, die Demokratie für alle repräsentativer zu gestalten und sie immer wieder neu zu beleben. Das ist zwar eine gemeinschaftliche Aufgabe in der gemeinschaftlichen Verantwortung aller, wozu natürlich auch der Beitrag der Sozialen Arbeit gehört, der darin besteht, dass sie ihre *politische Funktion* fachgerecht-methodisch und berufs-moralisch korrekt wahrnimmt. Einige entsprechende Aspekte können hier nur skizziert werden.

Zunächst wäre wirksam aufzuzeigen, wie die Demokratie »leidet«, wenn sie von Machtasymmetrien oder wirtschaftlichen Ungleichheiten geprägt ist oder wenn Bürger/innen ungleich behandelt und Menschen diskriminiert werden oder wenn aufgrund der unterschiedlichen Bildungsmöglichkeiten nicht alle Menschen ihre Meinung gleich äussern können.

Die Soziale Arbeit kann aus ihrer mittellagigen Position heraus aber auch am Staat – statt ihn so zu nehmen, wie er ist – begründet Kritik üben und sich z.B. dagegen verwahren, auf Krisen als Antwort einfach nur die vom Staat zur Verfügung gestellten Alternativen anzubieten (z.B. die »Massnahme«, Kategorien von Bedürftigen zu bilden und Menschen entsprechend unterschiedlich zu behandeln).

⁸ von der Sozialen Arbeit konnotiert sind *soziale Probleme* »praktische Aufgaben von Individuen, die Gestaltung ihres sozialen Umfeldes betreffend«

⁹ gründlich, umfassend, konsequent

¹⁰ gemeinschaftlich willensbildend, aushandelnd, entscheidend; rationale politische Urteilsbildung; die Legitimation einer Entscheidung liegt im Prozess, wie sie zustande gekommen ist, nämlich im vernünftigen Diskurs; Freiheit und Gleichheit voraussetzend; legitimierte Verwaltung und Schutz vor ihrer Willkür;

¹¹ vollkommen verwirklichte Gleichheit in der menschlichen Gesellschaft,

Oder sie kann fundiert einfordern, dass sich die Forschung auf der diagnostischen Ebene vor allem mit den Sorgen der »Verlierer/innen« der Systeme auseinanderzusetzen hat, und dass sie empirisch beispielsweise zu erheben hat, welches die unterschiedliche Wirkung von »lauten Bewegungen« (z.B. bekannter Politiker/innen und Kulturschaffenden) versus »struktureller Sprachlosigkeit« (z.B. von Eltern kleiner Kinder, deren Lebensentwürfe unberücksichtigt bleiben) sind und welche Folge dies hat. Aus ihrer Position heraus könnte sich die Soziale Arbeit aber auch davor zu hüten, die *Form* der Artikulation der Sorgen der vom System beeinträchtigten und benachteiligten Menschen zu kritisieren und auf die angeblich »unverständigen Leute« mit ihren »eigentümlichen Demonstrationen« verächtlich herabzuschauen. Stattdessen kann sie den demokratisch legitimierten Protest, der manchmal auch groteske Formen annehmen kann und darf, als Ausdruck eines echten Unbehagens erkennen. Und dieses Unbehagen kann und soll sie stellvertretend als Bedrohung auch für die Allgemeinheit und die Demokratie unüberhörbar artikulieren.

Kurz: die analytische Daten-Erhebung dieser Sorgen und die von ihr entwickelten Ideen für alternative Projekte, die dieses Unbehagen aufnehmen und in konstruktive Bahnen lenkt, wäre das fachlich korrekte Vorgehen einer ihre *politische Funktion* wahrnehmenden Sozialen Arbeit; und einer ihrer Beiträge zur Belebung der Demokratie.

Natürlich reicht das alles bei weitem nicht, weder diesen Sorgen wirksam zu begegnen, noch die Demokratie zu beleben. Dazu ist vor allem auch »Aufklärung« nötig, insbesondere die Aufklärung über die Zusammenhänge, die mit der Entwicklung der Demokratie zu tun haben.

Die Soziale Arbeit könnte aus ihrer Praxis z.B. folgenden Zusammenhang transparent machen:

Wenn Menschen Ausbeutung, Ausgrenzung oder Rassismus erleben oder wenn sich ihre persönlichen Umstände ändern, ist es für sie ermutigend, sich auf die »innere Freiheit« und ihre »Würde« verlassen zu können.

Andererseits erreicht diese innere Stärke schnell ihre Grenzen, wenn sie nicht dazu genutzt wird, andere Menschen teilhabend einzubeziehen. Oder anders gesagt: Widerstandskraft (Resilienz) ist das sich verlassen können auf die innere Stärke, die Andere mit uns teilen und die wir mit anderen teilen.

Und durch das mit anderen Teilen kann die Kraft der inneren Stärke (die Würde) den Weg zu politischem und sozialem Wandel ebnen. Oder anders: indem die innere Freiheit zur äusseren Freiheit wird, kann radikal egalitäre Demokratie entstehen.

Damit könnte die Soziale Arbeit deutlich machen: Wenn der/die Einzelne sich mit anderen zusammentut, und ein individuelles Projekt (z.B. das der Freiheit, der Selbstbestimmung, der Bedürfnisbefriedigung, oder was auch immer), das zu realisieren für sie/ihn existentiell ist, gleichzeitig auch in ein gemeinschaftliches Projekt integriert, können Bedingungen für die Entwicklung einer fairen und gleichberechtigten, menschengerechten Gesellschaft entstehen.

Das ist die Idee der Sozialen Arbeit, ihre Realutopie, die sie verwirklichen will. Und selbst angesichts der Tatsache, dass wohl keine Institution vollends die Idee erfüllt, die sie einzulösen vorgibt, auch die Soziale Arbeit nicht, sollte es ihr dennoch immer wieder darum gehen, diese Idee stetig zu beleben. Denn gewiss ist, dass sich Dinge ändern können, weil soziale Systeme menschengemacht sind, und weil Menschen grundsätzlich dazu fähig sind, sich mit grosser Geschlossenheit auch für eine andere Richtungen zu entscheiden.

Zum Beispiel für die Zielsetzung, statt der aktuellen Weltordnung gehorchend, den Individualismus (bzw. Liberalismus) vom Kollektivismus (bzw. Sozialismus) strikte zu trennen, beide Ideensysteme integrativ zu verknüpfen, und darauf eine radikal egalitäre Demokratie zu gründen.

Mit besonderem Dank an Maria Pilotto
Luzern, 08.07.2022/18.07.2022/05.08.2022/bs

Beat Schmockler
www.beat-schmockler.ch
tell-me@beat-schmockler.ch